



KOMMUNAL SONDERAUSGABE

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE 2015

Perspektiven für das Land

Drei intensive Tage mit Analysen,
Diskussionen und Impulsen rund um
das Thema „Strategien für den ländlichen Raum“.



Zehn Jahre Sommergespräche

Vor zehn Jahren haben sich zum ersten Mal Kommunalpolitiker mit Experten und Expertinnen aus Wirtschaft und Wissenschaft in Bad Aussee getroffen, um Gedanken auszutauschen und über Zukunftsfragen der Gemeinden zu diskutieren. Seitdem haben sich die Sommergespräche stetig weiterentwickelt, sie sind gewachsen und haben sich über die Landesgrenzen ausgedehnt.

Heuer haben wir sehr intensiv über Strategien und Herausforderungen für den ländlichen Raum diskutiert. Ein Qualitätsmerkmal der Sommergespräche war und ist die Herangehensweise an zum Teil sehr komplexe Fragestellungen. Freies Denken, freie Diskussion und das „sich Einlassen“ auch auf unangenehme Wahrheiten. Das ist der Geist, der diese Veranstaltung so wertvoll macht. In den letzten Jahren ist es uns zudem gelungen, auch immer mehr aktive Bürgermeister/

innen und Kommunalvertreter/innen für dieses Format zu begeistern. Das ist wichtig, denn in der Theorie erscheint manchmal alles sehr einfach. Entscheidend ist, wie Praktiker die Dinge beurteilen und wie sie die Zukunft der ländlichen Räume sehen.

Der Gemeindebund und die Kommunalkredit sind stolze Gastgeber dieser Veranstaltung im Herzen Österreichs, am geografischen Mittelpunkt unseres Landes. Die vor Ihnen liegende Nachlese gibt einen Überblick über die Themenfelder, mit denen wir uns heuer im Detail befasst haben. Beim Österreichischen Gemeindetag präsentieren wir Ihnen zudem die Rückschau auf die letzten zehn Jahre „Kommunale Sommergespräche“. Wir wünschen Ihnen viel Freude mit dieser Nachlese und freuen uns darauf, wenn Sie nächstes Jahr mit dabei sind. Bei den Kommunalen Sommergesprächen 20. bis 22. Juli 2016 in Bad Aussee.

Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit Austria



KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE 2015

VIEL DISKUTIERT – VIEL UMGESETZT

Das Bad Ausseer Kurhaus war auch heuer der Schauplatz der Eröffnung der 10. Kommunalen Sommergespräche. Fast 300 Teilnehmer waren gekommen, um über die Zukunft des ländlichen Raums zu diskutieren.



Franz Frosch, Bürgermeister von Bad Aussee, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, die Narzissenprinzessin Lisa Niederauer, Bad Aussees Vizebürgermeisterin Waltraud Köberl, Kommunalkredit-Chef Alois Steinbichler und Erwin Dirnberger, Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, eröffneten die Sommergespräche 2015.

+

BILDERGALERIE
Viel mehr Eindrücke von den Kommunalen Sommergesprächen 2015 finden Sie auf der Website www.gemeindebund.at



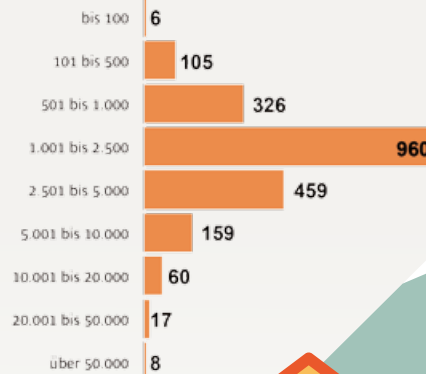
ÜBERBLICK

ÖSTERREICHS GEMEINDEN IN ZAHLEN

STRUKTUR DER GEMEINDEN IN ÖSTERREICH

| | |
|---------------------------------|--------|
| STÄDTE | 199 |
| MARKTGEMEINDEN | 758 |
| SONSTIGE GEMEINDEN | 1.144 |
| ORTSCHAFTEN | 17.318 |
| EINWOHNER/GEMEINDE DURCHSCHNITT | 4.035 |

GEMEINDEGRÖSSE

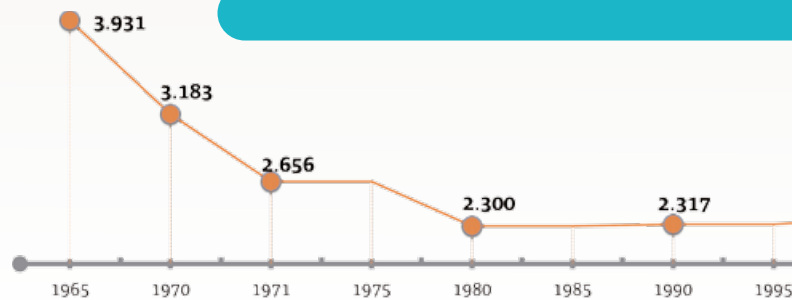


ZUWANDERUNGSGEMEINDEN

IN PROZENT DER EINWOHNERZAHL IN DEN LETZTEN ZEHN JAHREN

| | |
|-----------------------------|--------|
| Kittsee/B | 54,16% |
| Trumau/NÖ | 36,01% |
| Muckendorf/Wipfing/NÖ | 35,89% |
| Faggen/T | 33,57% |
| Amlach/T | 33,24% |
| Mitterndorf a. d. Fischa/NÖ | 32,93% |
| Gramatneusiedl/NÖ | 32,51% |
| Neusiedl am See/B | 31,87% |
| Perwang am Grabensee/OÖ | 31,82% |
| Wolfsthal/NÖ | 29,04% |

ANZAHL DER GEMEINDEN IN ÖSTERREICH SEIT 1965



WAS GEMEINDEN LEISTEN



4.500

PFLICHTSCHULEN WERDEN VON GEMEINDEN ERHALTEN



4.500

KINDERBETREUUNGS-EINRICHTUNGEN



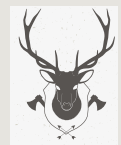
4.500

FREIWILLIGE FEUERWEHREN



88.000

KM GEMEINDE-STRASSEN



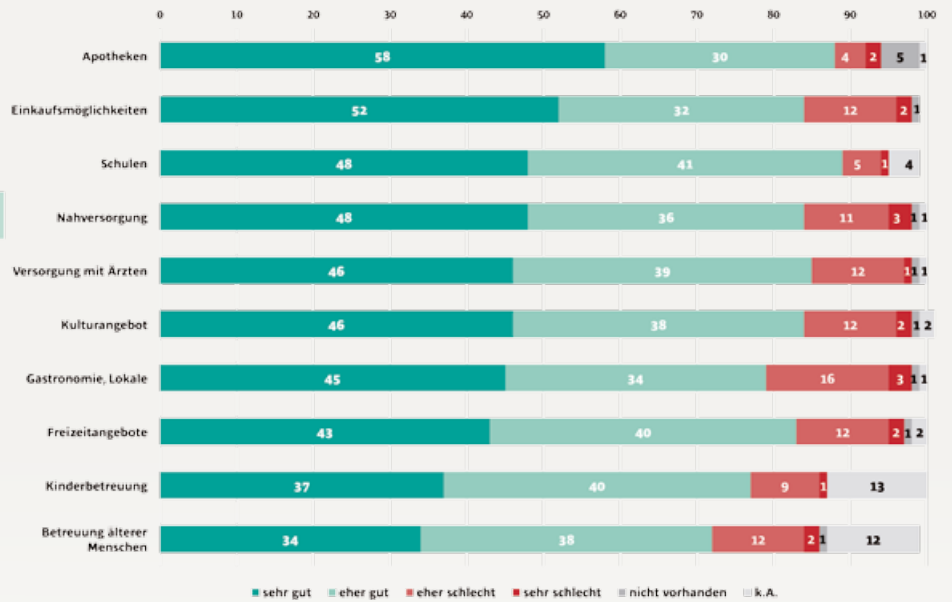
120.000

VEREINE

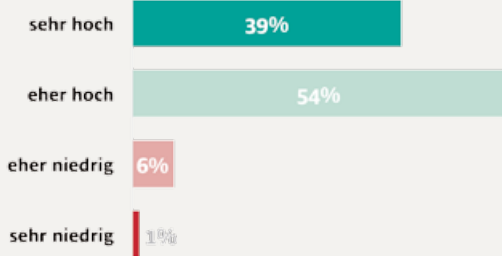


VERSORGUNGS- UND ZUFRIEDENHEIT*

IN PROZENT (DIFFERENZEN AUF 100 PROZENT RUNDUNGSBEDINGT)



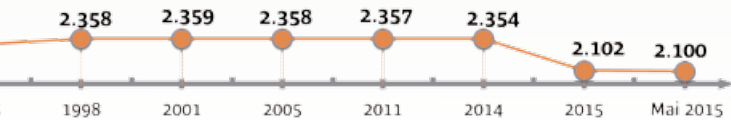
LEBENSQUALITÄT*



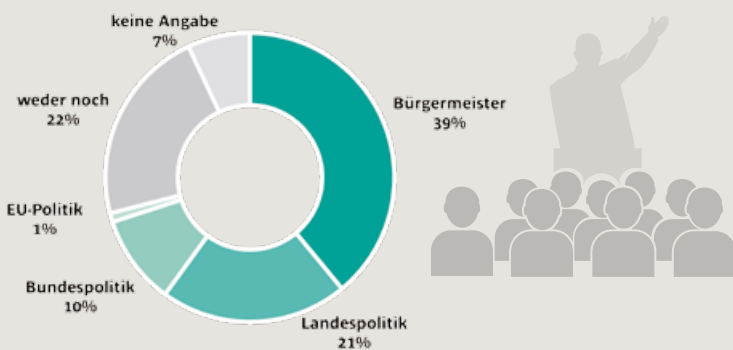
ABWANDERUNGSGEMEINDEN

IN PROZENT DER EINWOHNERZAHL IN DEN LETZTEN ZEHN JAHREN

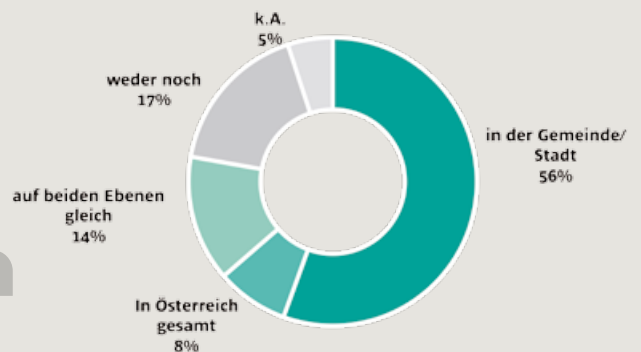
| | |
|------------------|---------|
| Tweng/S | -30,98% |
| Eisenerz/Stmk | -25,82% |
| Gramais/T | -25,81% |
| Namlos/T | -24,51% |
| Radmer/Stmk | -20,57% |
| Hohentauern/Stmk | -18,76% |
| Warth/Vbg | -17,80% |
| Bad Gastein/S | -17,76% |
| Vordernberg/Stmk | -17,63% |
| Lech/Vbg | -17,16% |



WER VERTRITT BÜRGERINTERESSEN AM BESTEN?*



WO KÖNNEN SIE IHRER MEINUNG NACH MEHR MITBESTIMMEN?*



* Quelle: Österreichische Gemeindestudie 2015



Harry Brunnet, Bürgermeister von Hardthausen, Moderatorin Martina Salomon (Kurier) und EU-Abgeordnete Elisabeth Köstinger.

LÄNDLICHER RAUM

KOOPERATION ALS ZUKUNFTSHOFFNUNG

Abwanderung, fehlende Infrastruktur, Überalterung – es gibt viele Themen, die die ländlichen Räume derzeit beschäftigen.

Obwohl in den letzten Regierungsprogrammen immer das Bekenntnis zum ländlichen Raum festgeschrieben wurde, hat sich die Situation in vielen Gemeinden im ländlichen Raum immer weiter verschlechtert. Mit den Eröffnungsvorträgen der Kommunalen Sommergespräche von Harry Brunnet, Vizepräsident des Baden-Württembergischen Gemeindetags, und der Europaabgeordneten Elisabeth Köstinger bekamen die anwesenden Bürgermeister und Gemeindefraktoren einige neue Blickwinkel und Impulse.

Europaweit ähnliche Probleme zu beobachten.

Die größten Herausforderungen in der Zukunft ländlicher Räume sieht Köstinger, die auch in ihrer Funktion als Präsidentin des Ökosozialen Forums anwesend war, in der Bewältigung der demografischen Entwicklung, der Eindämmung des Flächenverbrauchs und der Abwanderung. „Diese Probleme sind aber nicht nur in Österreich zu beobachten, sondern in vielen ländlichen Regionen Europas“, betont sie. Aber sie kennt auch die Lösungsansätze aus anderen europäischen Staaten: So reagierte Schottland auf die mehr als ein Drittel Über-65-Jährigen mit gesteigertem freiwilligem Engagement. „Dort arbeiten Pensionisten in höchstem Maße ehrenamtlich und das in großer Anzahl in der Kinderbetreuung. Dadurch wurde



„In Schottland arbeiten Pensionisten in der Kinderbetreuung. In weiterer Konsequenz wurden **wieder mehr Kinder geboren.**“

Elisabeth Köstinger, MEP, Präsidentin des Ökosozialen Forums

den Müttern die Erwerbsarbeit erleichtert. In weiterer Konsequenz wurden wieder mehr Kinder geboren“, so Köstinger.

Auch im eher zentralistisch regierten Rest der Insel wird offensichtlich die Bedeutung der lokalen Ebene schön langsam erkannt. Unter dem aktuellen Ministerpräsidenten David Cameron bekamen die Kommunen wieder mehr Rechte und haben auch mehr Mitspracherecht. Dass Frauen der Schlüssel zu weniger Abwanderung sind, zeigt sich auch in spanischen Regionen, wo es durch die Abwanderung der Frauen ganze Landstriche mit einem überdurchschnittlich hohen Männeranteil gibt.

Brunnet: Kooperationen sind der Schlüssel zur Lösung der Probleme.

In einem von den Bürgermeistern viel beachteten Vortrag zeigte Harry Brunnet, selbst Bürgermeister der Gemeinde Hardthausen, wie man in seinem Bundesland mit den bekannten Herausforderungen der ländlichen Räume umgeht. In Baden-Württemberg gibt es mehr als 160.000 Unternehmen im ländlichen Raum, die gut eine Million sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen. Das sind immerhin 28 Prozent aller Beschäftigten im Bundesland.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat das magische Dreieck



» Gemeinden müssen für den Bürger sichtbar bleiben.

Sie sind das Frontoffice. Das ist kein Selbstzweck, sondern Notwendigkeit.“

Harry Brunnet, Vizepräsident des Gemeindetages Baden-Württemberg

Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus geprägt. „Die ländlichen Räume sollen aus meiner Sicht aber mehr als der idyllische Erholungsraum für gestresste Städter sein“, sinniert Brunnet. Er würde dieses Dreieck in ein Viereck umwandeln und noch die Komponente mittelständische Wirtschaft hinzufügen. Diese ist aus seiner Sicht eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung auch ländlicher Gemeinden.

Dass dies in seinem Bundesland gelungen ist, beweist er in der Folge eindrucksvoll: Hugo Boss hat seine Zentrale immer noch in Metzingen am Rande der Schwäbischen Alp oder der Würth-Konzern, vom Schraubenhändler zum Montage- und Befestigungsprofi, mit Sitz in Hohenlohe, im Nordosten Baden-Württembergs, ebenso wie die Firma ebm-Pabst, ein Weltmarktführer für die Herstellung von Ventilatoren. Der Schlüssel zu diesen erfolgreichen Standorten liegt nicht nur in der Infrastruktur, sondern auch in der Kooperation, ist sich Brunnet sicher: „Gemeinden müssen für den Bürger sichtbar bleiben. Sie sind das Front-Office, und im Back-Office werden Effizienzen genutzt durch den interkommunalen Zusammenschluss. Das ist kein Selbstzweck, sondern Notwendigkeit.“

Gemeinden müssen selbst aktiv werden. Mit dieser Vorgehensweise wird auch vermieden, dass zu viele Shoppingcenter in einem zu engen Radius entstehen. „Wir Gemeinden haben für uns einen Entwicklungsplan verhandelt. An diesen halten wir uns nun. Daher kann es nicht passieren, dass es einen Wildwuchs an Einkaufstempeln gibt, denn diese Projekte müssen unter den Gemeinden abgestimmt werden“, erklärt der Vizepräsident.

Laut Brunnet müssen die Gemeinden das Heft wieder selbst in die Hand nehmen: „Bei einigen wichtigen Punkten waren wir aber längst selbst aktiv und haben notwendige Veränderungen erfolgreich angestoßen.“ Dazu gehören etwa Initiativen im Bereich der Schulverwaltung, wo eine regionale Schulkonferenz über den Ausbau oder die Schließung einer Schule entscheidet, im Bereich der Ärzteversorgung, wo durch eine freiwillige Vereinbarung mit der kassenärztlichen Vereinigung ein erster Schritt getan wurde, um Ärzte wieder in jede Gemeinde zu holen, und letztlich natürlich auch im Bereich des Breitbandausbaus, wo der Gemeindeverband wichtige Gelder vom Finanzministerium erkämpft hat. 🗳️

AUFGESCHNAPPT

DAS WORT HAT ...



» Es wird im ländlichen Raum immer dann besser werden, **wenn die Zentralisten weniger zu sagen haben.** Das hängt

aber mit Geld zusammen und daher brauchen wir einen Finanzausgleich, der wirklich ausgleicht.“

Karl Moser, Bürgermeister von Yspertal und Vizepräsident des nö. GVV der ÖVP

» Als Gemeinde soll man auf den Flächenverbrauch aufpassen, weil zuviel Fläche verbraucht wird. Gleichzeitig soll ich aber Betriebe ansiedeln, um Arbeitsplätze zu sichern. Die wiederum brauchen Platz. Da beißt sich doch die Katze in den Schwanz, was den **Flächenverbrauch** betrifft.“

Martin Voggenberger, Bürgermeister von Munderfing

» Wir brauchen einen **Ausgleich zwischen den Gemeinden**, wo sich Betriebe ansiedeln, und den Gemeinden, wo die Leute, die in den Betrieben arbeiten, dann wohnen. Nur so kann's gehen.“

Karl Ehwallner, Bürgermeister von Untzenach (OÖ)

» Wir haben in den ländlichen Regionen im Vergleich zu den Ballungsräumen ja nicht die gleichen Rahmenbedingungen. Und wir sind schon relativ bescheiden geworden, wir verlangen aber wenigstens **vergleichbare Rahmenbedingungen**. Die Gemeinden dürfen nicht weiter angeknabbert werden, sie müssen unterstützt werden!“

Sonja Ottenbacher, Bürgermeisterin von Stuhlfelden

IMPULSREFERAT

DIE KOMMUNEN IM FOKUS DER WELTWIRTSCHAFT

Die Finanzmärkte im Hinblick auf die Finanzsituation der Gemeinden waren Thema von Kommunalkredit-Boss Alois Steinbichler zum Auftakt des zweiten Tages der Kommunalen Sommergespräche 2015.

Die öffentlichen Schulden sind weltweit – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – zwischen 1990 und 2000 um drei Prozent gestiegen, aber zwischen 2000 und 2010 um satte 23 Prozent. Dieser Trend hat sich zwischen 2010 und 2014 fortgesetzt.

In Österreich liegen die Ausgaben für das Zinsniveau auf einem Rekordtief. Im Vergleich zu 2008 ist von einer Zinsersparnis von 274 Millionen Euro die Rede. Die Zinsausgaben sanken 2013 weiter um 18,9 Prozent auf 178,2 Millionen Euro (2012 waren das 219,4 Millionen Euro). Dies resultiert vor allem aus der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), des Schuldenabbaus der Gemeinden in den letzten drei Jahren (-333 Millionen Euro) sowie der variablen Verzinsung des Großteils der Gemeindefschulden.

Die globalen Finanzmärkte waren auch im Jahr 2014 wesentlich von den geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken, insbesondere der EZB und der US-Notenbank (FED), aber auch der Bank of Japan (BoJ) geprägt. Anfang Jänner 2015 wurde ein groß angelegter Ankauf von Staatsanleihen (Quantitative Easing) durch die EZB beschlossen; damit soll der Markt mit zusätzlicher Liquidität versorgt und einer möglichen Deflation im Euro-Raum entgegen gewirkt werden. Das Programm ist im März 2015 gestartet und umfasst ein Gesamtvolumen von 1.140 Milliarden Euro; über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren sollen damit Staatsanleihen und sonstige Wertpapiere von bis zu 60 Milliarden Euro monatlich angekauft werden.

Kommunal gesehen sind all diese Faktoren nicht das Ende der Welt, man muss mit diesen Gegebenheiten nur richtig umgehen. Die Haus-




» Durch **Überschüsse und weiteren Abbau von Schulden** haben die Gemeinden 2013 den Weg der Haushaltskonsolidierung erfolgreich fortgesetzt.“

Alois Steinbichler,
Vorstandsvorsitzender der
Kommunalkredit Austria

haltsdisziplin der österreichischen Gemeinden ist deutlich sichtbar. Die Gemeinden erfüllen den Stabilitätspakt mit 68 Millionen Euro. Der Überschuss der laufenden Gebarung ist mit 1.550 Millionen Euro der dritthöchste seit 2000. Mit einer positiven Finanzspitze von rund 500 Millionen Euro gibt es noch Handlungsspielraum. Zudem bauten die Gemeinden weiter Schulden in Höhe von 7,4 Millionen Euro ab und Rücklagen in Höhe von 110 Millionen Euro auf. Zusätzlich erhöhten sie ihre Investitionen um 181,7 Millionen Euro. Diese positive Haushalts-situation ergibt sich vor allem durch die Entwicklung der Einnahmenseite. So stiegen 2013 die Gemeindeanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile) um 4,3 Prozent bzw. 237 Millionen Euro. Die gemeindeeigenen Einnahmenquellen wiesen ebenso deutliche Anstiege auf: Dazu zählen die Gemeindeabgaben (+3,3 Prozent bzw. 100 Mio. Euro), die Gemeindegebühren (+3,1 Prozent bzw. 54 Mio. Euro) sowie Einnahmen aus eigenen Leistungen (+2,7 Prozent bzw. 40 Mio. Euro). Durch die soliden Überschüsse bei den wichtigsten Gemeindefinanz-Kennzahlen und den weiteren Abbau von Schulden sowie den Aufbau von Rücklagen haben die Gemeinden 2013 den Weg der Haushaltskonsolidierung erfolgreich fortgesetzt.

Ein anhaltend hohes Investitionsvolumen auf kommunaler Ebene und der öffentlichen Hand ist sowohl unter dem Aspekt der Aufrechterhaltung qualitativ hochstehender Infrastruktur, als auch im Hinblick auf resultierende positive Konjunkturreffekte relevant.

Steinbichler schloss mit einem Hinweis auf die Brückenfunktion, die die Kommunalkredit Austria in diesem Bereich einnimmt. 



IMPULS

FUNKTIONSFÄHIGE WIRTSCHAFT SICHERT KOMMUNALE ZUKUNFT

Bernhard Felderer, Fiskalratsvorsitzender und ehemaliger Chef des Instituts für Höhere Studien, bezeichnet die Gemeinden als die „disziplinierteste“ Ebene. Trotzdem sieht er Handlungsbedarf, um gerade den ländlichen Raum für die Zukunft zu rüsten.

Unter dem Titel „Können wir uns den ländlichen Raum noch leisten?“ sprach Bernhard Felderer, Fiskalratsvorsitzender und ehemaliger Chef des Instituts für Höhere Studien, vor den Teilnehmern der zehnten Kommunalen Sommergespräche. Ein sehr diskursiv formulierter Titel, wie Felderer selbst anmerkte. „Von allen Ebenen waren die Gemeinden in den letzten acht Jahren die mit Abstand diszipliniertesten“, räumt der Fiskalratsvorsitzende ein. Aber trotzdem sieht er noch Sparpotenzial. „Es geht darum, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und trotz gesteigerter Aufgaben handlungs- und gestaltungsfähig zu bleiben“, so Felderer.

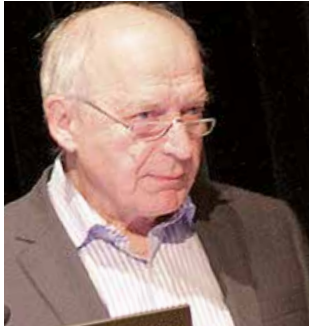
Kooperation statt Fusion. Dieses Sparpotenzial soll nicht durch weitere Fusionen gehoben werden, sondern durch regionale Kooperationen. Felderer betont: „Es ist wichtig, dass trotz aller Sparmaßnahmen die Identität erhalten bleibt.“

„Es braucht wieder **mehr Freiheit** für die Gemeinden.“

Bernhard Felderer
Vorsitzender des
Fiskalrats

Auszubauen wären beispielsweise Kooperationen im Personalbereich: „Der Gemeindegeschäftsbereich könnte für mehrere Gemeinden zuständig sein. Damit könnte man die Gemeindeverwaltung richtig professionalisieren.“ Bei der Abwasser-versorgung oder bei Maschinenparks ortet er bereits weitgehend gute Zusammenarbeit.

Abwanderung durch periphere Betriebsansiedlungen verringern. Sein größter Kritikpunkt sind aber die fehlenden Investitionen. „In Baden-Württemberg konnte man die Abwanderung nicht stoppen, aber zumindest kontrollieren. Dort haben die Gemeinden mehr Einwohner als vor 40 bis 50 Jahren. Dort wurde aber auch in die Infrastruktur und die Wirtschaft investiert.“ Felderer plädiert dafür, dass die Gemeinden finanziell handlungsfähig bleiben, um die Projekte finanzieren zu können, die für die Zukunft jeder Gemeinde individuell dringend notwendig



» Wenn es einem Bürgermeister gelingt, dass sich ein großer Industriebetrieb ansiedelt, dann ist die Schlacht schon gewonnen. Das setzt aber voraus, dass **Bürgermeister sehr aktiv werden.**“

Bernhard Felderer

sind. „Da braucht es wieder mehr Freiheit für die Gemeinden“, so Felderer.

Wesentlich, um die Abwanderung zu stoppen, ist die Ansiedlung von Betrieben. Das können nicht irgendwelche übergeordneten Einheiten, sondern da muss der Bürgermeister schauen, appelliert der Wirtschaftsforscher: „Wenn es einem Bürgermeister gelingt, dass sich ein großer Industriebetrieb ansiedelt, dann ist die Schlacht schon gewonnen. Das setzt aber voraus, dass Bürgermeister sehr aktiv werden.“

Groß ist nicht automatisch billiger. In der an diesen Vortrag anschließenden Diskussion plädierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer dafür, bei den Sparmaßnahmen auch an die anderen Einheiten zu denken. „Ich sage nicht, dass bei uns alles perfekt ist, aber es kommen aus ganz Europa kommunale Delegationen zu uns, um sich unser System erklären zu lassen. Die politische Vertretung in den kleinen Einheiten genießt das höchste Vertrauen. Das bestätigen alle Umfragen.“ Dass größer nicht gleich billiger heißt, beweist der Blick auf die Anzahl der Gemeindebediensteten pro 1000 Einwohner. In Gemeinden unter 5000 Einwohner liegt diese durchschnittlich bei sieben Mitarbeitern, darüber bereits bei 15. ❁

IMPRESSIONEN

NETZWERKEN LEICHT GEMACHT

Das Netzwerken ist wesentlicher Bestandteil der Kommunalen Sommergespräche. Bei einem kühlen Bier und gutem Essen werden nicht nur die Vorträge nachbesprochen, sondern auch Erfahrungen und Projekte aus den unterschiedlichen Gemeinden ausgetauscht.





BILDERGALERIE

Viel mehr Eindrücke von den Kommunalen Sommergesprächen 2015 finden Sie auf der Website

www.gemeindebund.at



Frohes umkrempeln!



FORUM 1 **LANDLUST RELOADED**

SCHIKANEN ZERSTÖREN DÖRFICHE STRUKTUREN



Welche Chancen haben Dörfer in der Zukunft? Durch globale Gegen-trends durchaus keine schlechten, attestiert der ehemalige Bürger-meister Erwin Mohr im Forum 1 der Kommunalen Sommergespräche.

» **Architektur ist keine Geschmacks-sache.**«

Josef Mathis, Obmann des Vereins „Zukunftsorte“

Es gibt nicht das eine Dorf. Und daher auch nicht die eine Lösung, um strukturschwache Gemeinden wieder zu beleben. Diese Aussage stand am Anfang der Diskussion über die Fragen, ob es ein Comeback des Dorfes gibt, und was „Zukunftsdörfer“ von gewöhnlichen unterscheidet. Im Forum zum Thema „Landlust Reloaded“ wiesen die beiden Sprecher, Erwin Mohr und Josef Mathis, darauf hin, dass jede Gemeinde ihr Potenzial erkennen und ihren eigenen Weg in die Zukunft finden muss.

Globalisierung, Urbanisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel – die großen Trends unserer Zeit stellen Herausforderungen für ländliche Regionen dar. Menschen wandern ab, Dorfläden verschwinden, Schulen schließen, Arbeitsplätze gehen verloren. Wie können Dörfer darauf reagieren? „Neben den Megatrends entstehen auch Gegentrends“, sagt Erwin Mohr, Altbürgermeister der Gemeinde Wolfurt in Vorarlberg und bis Ende des Vorjahres Mitglied im Präsidium des Ausschusses der Regionen der EU.

Er spricht von der Sehnsucht nach Über-schaubarkeit, einer intakten Umwelt, gesunden Lebensmitteln, nach Ruhe und der heilen Welt. Daraus würden neue Chance entstehen. Dafür sei es aber unumgänglich, das Breitbandnetz auszubauen. „Grafiker brauchen keine schnellen

Straßen, sondern Datenhighways“, so Mohr.

Wie man Bürgerbeteiligung leben kann, veranschaulichte Josef Mathis am Beispiel seines Heimatortes Zwischenwasser in Vorarlberg. 33 Jahre lang war er dort Bürgermeister und hat in dieser Zeit seine Gemeinde zum Musterbeispiel in Sachen nachhaltiger Energienutzung, Bürgerbeteiligung und Baukultur gemacht.

„Baukultur ist der Katalysator für zukunftsfähige Dörfer und Impulsgeber für Dorfgemeinschaften“, so Mathis, der auch Obmann des Vereins „Zukunftsorte“ ist. „Architektur ist keine Geschmacksache“, sagt Mathis. Sie müsse dem Menschen und dem Ort dienen.

In der Diskussion wurde das Thema ehren-amtliche Arbeit aufgegriffen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die ländlichen Regionen nur durch ein gutes Sozialgefüge, durch die Freiwilligen- und Vereinskultur überlebensfähig sind und forderten bessere Rahmenbedingungen und weniger Auflagen für ehrenamtliche Arbeit. Auch die aktuelle Diskussion darüber, dass die sogenannte „Drei-Tages-Regel“, die Erlaubnis für Vereine, drei Tage im Jahr gewerberechtlich aktiv zu sein, auf zwei Tage zu kürzen, stieß auf Widerstand. Verlieren wir die sozialen Zusammenhänge, so die Teilnehmer, sei das eine Bankrotterklärung für die ländliche Region. ●

Die Beiträge auf diesen Seiten wurden aus Platzgründen redaktionell gekürzt. Den Volltext finden Sie auf gemeindegund.at



FORUM 2 STANDORTSICHERUNG UND INFRASTRUKTUR

DANN LASST SIE IN FRIEDEN STERBEN

Damit eine Gemeinde überleben kann, braucht es Arbeitsplätze, wie Experte Gerald Mathis in Forum 2 der Kommunalen Sommergespräche ausführte.

Was braucht die Gemeinde im ländlichen Raum, damit sie in Zeiten zunehmender Verstädterung überhaupt eine Überlebenschance hat? Diese zentrale Frage stand im Zentrum des gut besuchten Forums 2 zum Thema „Standortsicherung & Infrastruktur“. Die Teilnehmer diskutierten mit dem Vorarlberger Regionalexperten DI Dr. Gerald Mathis vom Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung. Und dessen sechs „Postulate zur Sicherung und Entwicklung des ländlichen Raums“ hatten es wahrlich in sich.

Mathis' zentraler Ansatz: Ohne Arbeitsplätze oder Jobs in einer zumutbaren Entfernung zum Wohnort haben Gemeinden im ländlichen Raum seiner Einschätzung nach kaum Überlebenschancen. „Wenn es in einer Region keine Arbeitsplätze in zumutbarer, in auspendelqualitativer Entfernung gibt, so kommt es zwangsläufig zu einer negativen Bevölkerungsentwicklung“, sagte Mathis. Und es sei nicht so, dass sich Menschen von vornherein bewusst gegen den ländlichen Raum als Wohnort entscheiden. „Für viele Menschen ist das Leben auf dem Land keinesfalls die zweite Wahl, sondern sie ziehen es entschieden dem urbanen Raum vor. Tatsächlich hat mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung ihren Lebensmittelpunkt in einer Gemeinde im länd-

lichen Raum.“ Mathis' These: Menschen wollen den ländlichen Raum nicht verlassen, sondern werden dazu gezwungen.

Der Vorarlberger ging noch weiter: Es sei zwingend notwendig, auch im ländlichen Raum aktive Maßnahmen zur Wirtschaftsentwicklung zu setzen. Und wenn dies in einzelnen Regionen nicht gelinge, so Mathis, müssten diese Regionen eben von der öffentlichen Hand aufgegeben werden. Mathis zitierte den Koordinator der Österreichischen Raumordnungskonferenz, Heinz Fassmann: „Wenn dies nicht gelingt, dann darf man das Schrumpfen von ländlichen Regionen nicht länger bekämpfen.“ Eine Aussage, die ebenso wie Mathis' These, dass die Landwirtschaft Teil des Problems des ländlichen Raums sei, im Publikum heftige Diskussionen hervorrief.

Breitbandtechnologie und Versorgung mit leistungsstarkem Internet bezeichnete Mathis als zentralen Standortfaktor. Ein Thema, das mit dem niederländischen Breitbandfachmann Huub van Ettehoven, Gründer von OpenNet Europe, eingehender diskutiert wurde. OpenNet verfolgt den Ansatz, Gemeinden könnten Glasfaser-Netze auch in genossenschaftlicher Zusammenarbeit errichten. „Die Internet-Nutzer werden so zu Netzeigentümern“, erklärte van Ettehoven. 📍



» Für viele Menschen ist das Leben auf dem Land **keinesfalls zweite Wahl**, sondern sie ziehen es entschieden dem urbanen Raum vor.“

Gerald Mathis, Regional-
experte aus Vorarlberg



FORUM 3 **BEWEGTE REGION**

RAUS AUS DER OPFERROLLE



Sich selbst am Schopf packen und aus dem Sumpf ziehen – das Beispiel Peter Höbarths und der Gemeinde St. Martin im Waldviertel zeigt, wie eine Gemeinden aus eigener Kraft Zukunftspotenzial generieren kann.

Was ist ein Pionier? Man kann vermutlich viele Definitionen suchen, aber viel zukunftsreicher als Peter Höbarth dürfte es nicht mehr werden, was langfristige Gemeindepolitik angeht. Sage und schreibe 13 Jahre ist es jetzt her, dass der Bürgermeister von St. Martin im Waldviertel, einer 1700-Einwohner-Gemeinde in einer der strukturschwächsten Regionen Österreichs, einen Plan in Bewegung gesetzt hat, seine Gemeinde (gemeinsam mit den beiden Nachbarorten) mit einem modernen Glasfasernetz auszustatten. Gegen die Empfehlung des Landes, gegen die „Was brauchen wir das“-Unkenrufe, gegen die Skepsis der eigenen Bürger hat Höbarth das gemeindeeigene Glasfasernetz damals durchgesetzt. Heute ist es seit mehr als zehn Jahren in Betrieb – und hilft dabei, junge Menschen zu überzeugen, in dem Ort zu bleiben, statt nach Linz oder Wien zu übersiedeln.

Genau solche Initiativen sind es, die Gemeinden setzen können, um zu verhindern, dass der demografische Strukturwandel ländliche Regionen komplett verwüstet zurücklässt – das ist der Schluss aus dem Forum 3 der heurigen „Kommunalen Sommergespräche“ – Thema: „Bewegte Region – Wege in eine neue Zukunft; Anpassungsstrategien an und Vermeidungs-

strategien gegen das Wenigerwerden im 21. Jahrhundert“. In ihrem Impulsvortrag definierte Gerlind Weber, Raumplanerin an der Boku, den demografischen Wandel als die größte Herausforderung für den strukturschwachen Raum: „Das ist ein größeres Problem als der Arbeitsplatzemangel oder der bloße Wegzug – weil es nicht so offensichtlich ist.“ Soll heißen: Selbst wenn die Einwohnerzahl in einer Region nur stagniert, kann ein grobes Problem für die Gemeinden dort hervordrängen – wenn vor allem alte Menschen bleiben oder dazukommen, junge mit ihren Kindern dagegen wegziehen.

Eine einfache Schema-F-Lösung gäbe es gegen solche Herausforderungen nicht, erklärt Weber – sie rät Gemeinden und Regionen, Hand in Hand mit der Wissenschaft einen „Generationen-Check“ durchführen zu lassen, der systematisch feststellt, warum die entsprechende Gegend unattraktiv für Junge wird. Auf dieser Basis lassen sich Lösungen erarbeiten.

Solche intelligenten Lösungsansätze beschäftigten dann den Rest des Forums: Dass in vielen Fällen veraltete Gemeindeordnungen Zusammenarbeit verhindern würden – etwa was die Schulkooperationen angeht –, wurde aus dem Publikum mehrmals genannt. Kurz zusammengefasst: „Raus aus der Opferrolle!“ für strukturschwache Gemeinden. 📍

» Der **demografische Wandel** ist ein größeres Problem als Arbeitsplatzemangel – weil er nicht so offensichtlich ist.“

Gerlind Weber,
Raumplanerin an der
Universität für
Bodenkultur



FORUM 4 KLIMAWANDEL UND ENERGIEWENDE

OHNE LÄNDLICHEN RAUM KEINE ENERGIEWENDE

Das Forum 4 der Sommergespräche hat ein Faktum herausgearbeitet: Der Klimawandel ist in den Köpfen der Menschen noch nicht angekommen.

Das sei auch der Grund, weshalb gerade auf kommunaler Ebene noch mehr Bewusstseinsbildung in dieser Richtung notwendig sein wird. Diese Bewusstseinsbildung wirkt auch primär nur auf lokaler Ebene, weil einerseits der direkte Zugang zu den Bürgerinnen und Bürgern vorhanden ist und weil umgekehrt hier das Vertrauen in die politischen Repräsentanten noch gegeben ist.

Da eine erfolgreiche Energiewende also nur über die Kommunen funktionieren kann, versucht die Politik hier die Gemeinden direkt zu unterstützen. Lange Zeit war das problematisch, weil direkte Investitionen zum Beispiel in die Energieeffizienz der Amtshäuser zum „Grauen Finanzausgleich“ gezählt wurden.

Beispiele von Fördermaßnahmen sind aktuell:

- Die Pilotaktion „Klimaschutz in Gemeinden“:
- Die Gemeindeförderung NEU seit 1.7.2015 für die Förderungsbereiche:
 - Thermische Gebäudesanierung
 - Biomasse-Einzelanlagen
 - Biomasse-Mikronetze
 - Thermische Solaranlagen
 - Wärmepumpen
 - Energiesparmaßnahmen

- Die Mustersanierung 2015: Hier können umfassende Sanierungsprojekte von betrieblich genutzten und öffentlichen Gebäuden gefördert werden.
- klimaaktiv mobil
- Klima- und Energie-Modellregionen.

Im Forum wurde auch ein Erfahrungsbericht aus dem Energiebezirk Freistadt präsentiert. Der Energiebezirk existiert seit zehn Jahren und umfasst 27 Gemeinden. Die Haushalte, Landwirtschaften, Betriebe und Gemeinden des Bezirks müssen pro Jahr in Summe rund 120 Millionen Euro für Energie ausgeben. 70 Millionen fließen laut Geschäftsführung des EBF noch immer aus dem Bezirk ab. Ziel: Bis 2030 will man den Energieverbrauch zu 90 bis 100 Prozent aus regionaler erneuerbarer Erzeugung abdecken.

Aber auch Grenzen der Energiewende wurden aufgezeigt. In den Betrieben ist bei Investitionen in Erneuerbare bzw. in Energieeffizienz derzeit ein spürbarer Rückgang zu verzeichnen. Konkret: minus 20 Prozent. Grund: günstige fossile Energie. Die Bürokratie treibt seltsame Auswüchse. Das Ausseerland hätte beispielsweise Potenzial für 40 Windräder. Aufgrund des Landschaftsschutzes ist eine Realisierung undenkbar.

Fazit: Ohne den ländlichen Raum wird die Energiewende nicht funktionieren. 🚫



„Ohne den ländlichen Raum wird **die Energiewende nicht funktionieren**.“

Wolfgang Unterhuber,
Regionalmedien Austria,
Forumsleiter

Die Beiträge wurden aus Platzgründen redaktionell gekürzt. Den Volltext finden Sie auf gemeindebund.at

... UND DAS SAGEN DIE BÜRGERMEISTER/-INNEN

„DAS NETZWERKEN PHANTASTISCH“

KOMMUNAL hat auch heuer nach der Stimmung der Teilnehmer gefragt. Als besonders wichtig wurde die Möglichkeit des ausgiebigen Netzwerkens erachtet.



„ Ich war bisher immer dabei. Es gibt **keine bessere Möglichkeit, Erfahrungen unter Bürgermeister auszutauschen** als die Kommunalen Sommergespräche.

Erwin Mohr, Bürgermeister a. D., Wolfurt, Vorarlberg



„ Ich komme nach Bad Aussee, weil es hier **wirklich gute und lebendige Diskussionen** gibt. Heuer hat mir das Podiumsgespräch von Helmut Mödlhammer und Professor Felderer gefallen. Man hat gesehen, was es für unterschiedliche Meinungen zu einem Thema geben kann.

Josef Mathis, Bürgermeister a. D von Zwischenwasser, Vorarlberg



„ Die Kommunalen Sommergespräche finde ich so wichtig, weil es eine **gute Durchmischung zwischen Bürgermeistern und Amtsleitern** gibt, und vor allem, weil es um die Gemeinden der ländlichen Region geht. Und hier vor allem um die kleineren Gemeinden. Ich bin mittlerweile das siebente Mal bei den Sommergesprächen, aber das Thema heuer ist eines der besten bisher.

Sonja Ottensbacher, Stuhlfelden, Salzburg



„ Ich war heuer das erste Mal dabei, weil das Thema **ländlicher Raum für mich enorm wichtig** ist. Ich kann mir aber gut vorstellen, wiederzukommen. Das hängt natürlich auch vom Thema ab. Die Asylfrage wird uns beispielsweise auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen.

Johannes Nöbl, Bezirkshauptmann von Bludenz, Vorarlberg



„ Bei den Kommunalen Sommergesprächen war ich noch nicht. Präsident Mödlhammer hat mich ermuntert, herzukommen. Ich bin überrascht über **die ausgezeichneten Referenten** und denke, dass von der Veranstaltung Impulse für den ländlichen Raum ausgehen können. Für mich nehme ich mit, dass Bürgerbeteiligung enorm wichtig ist. Man soll nicht nur die Köpfe der Gemeinderäte nutzen, sondern das ganze Wissen der Bevölkerung! Ich möchte jetzt Stammtische zu Wirtschaft, Sport und Kultur ins Leben rufen, bei denen die Gemeindebürgerinnen und -bürger ihre Anliegen einbringen können.

Konrad Giner, Thaur, Tirol





HIER IST



» Die Veranstaltung heuer **war die beste, die ich bislang besucht habe** – ich bin das vierte Mal hier – weil das Thema ländlicher Raum für mich und meine Gemeinde ein ganz wesentliches ist. Gerade in Bezug auf das Thema Kompetenzverteilung auf die Gemeinden müsste die Neuverteilung „weniger Land – mehr Gemeinden“ heißen. Das ist vermutlich nicht sehr realistisch, es ist halt schade, weil viel verloren geht. Es ist auch gut, dass die Gruppe der Teilnehmer nicht zu groß ist – so kann man mit praktisch allen ins Gespräch kommen.

Johann Dreier, Weißenbach, Tirol

» Das ist eine gigantische Veranstaltung. Man lernt sehr viel und man sieht vor allem, dass man **als Bürgermeisterin mit den Problemen nicht allein ist**, sondern dass jeder in seiner Gemeinde die gleichen Probleme hat. Das heurige Thema ländlicher Raum ist für mich wie maßgeschneidert, da meine Gemeinde ja im ländlichen Raum liegt. Auch das Netzwerken ist sensationell – ich habe viele gute Bekanntschaften geschlossen und kenne jetzt einige Kollegen und Kolleginnen, die ich bei Fragen kontaktieren kann.

Renate Habetler, Bernstein, Burgenland



» Die ‚Kommunalen Sommergespräche‘ – ich bin jetzt das dritte Mal hier – sind für mich eine **Möglichkeit, von den Besten zu lernen**. Man bekommt einen Überblick, wo die anderen der Schuh drückt. Ich versuche, von jeden Sommergesprächen zwei bis drei Themen oder Punkte mitzunehmen, wo ich mir auch ganz konkret vornehme, dass diese Dinge in meine politische Arbeit einfließen. Noch ein positiver Aspekt ist die Gruppengröße, die hier überschaubar ist und wo das Netzwerken ganz gut funktioniert.

Florian Kasseroler, Nenzing, Vorarlberg



» Ich bin das zweite Mal in Bad Aussee dabei. Es ist eine **ideale Möglichkeit, um zu netzwerken**. Heuer hat mir gefallen, dass viele wichtige Themen rund um den ländlichen Raum angesprochen wurden. In Zukunft wäre eine Veranstaltung zum Thema öffentlicher Verkehr bzw. Verkehr im ländlichen Raum interessant.

Bernd Strobl, Ollersdorf, Burgenland



» Ich bin das erste Mal hier. In den vergangenen Jahren habe ich immer wieder die Berichte über die Sommergespräche gelesen und mir immer wieder gedacht, da könntest auch einmal hin. Heuer hat mich **der Inhalt besonders angesprochen** und Zeit hatte ich auch – und hier bin ich. Besonders gut und positiv sind die Gespräche mit den Bürgermeisterkollegen und -kolleginnen rund um die Vorträge. Wenn man am Abend zusammensteht und Erfahrungen austauscht, ist das ein ganz wichtiger Faktor.

Martin Voggenberger, Munderfing, Oberösterreich



LEBENSQUALITÄT IN GEMEINDEN

ERFOLGSFAKTOR ZUFRIEDENHEIT

Politikwissenschaftler Peter Filzmaier analysierte auf Basis aktueller Studien, welche Rolle die empfundene Lebensqualität und die Erwartung an die Zukunft für die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde spielt.



Politikwissenschaftler Peter Filzmaier ist inzwischen Stammgast bei den Kommunalen Sommergesprächen. Kürzlich hat er in einer Studie für den Gemeindebund mit 1000 Befragten die Lebensqualität in den Gemeinden analysiert. Was wollen die Menschen, was brauchen sie? Wie hoch oder niedrig ist das Vertrauen in die kommunale Ebene?

Die Gemeindestudie 2015 des Gemeindebundes (siehe KOMMUNAL 7&8/2015, Seite 21 und Seite 4-5 dieser Nachlese) zeige, dass die Lebensqualität in den österreichischen Gemeinden im Großen und Ganzen als sehr gut angesehen wird. Überraschend sei lediglich, dass die wirtschaftliche Lage der Gemeinden nicht wesentlich besser eingeschätzt wird als jene von Ländern und Bund. Interessant sei es aber, wenn man diese Ergebnisse mit einer Analyse der Gemeinderatswahl in der Steiermark vergleicht. Denn dabei zeige sich, dass die Bevölkerung die Situation der Gemeinden sehr unterschiedlich sieht. „Wähler der FPÖ sind eher negativ eingestellt“, so Filzmaier. Noch krasser sei die Einschätzung der Zukunft: 82 Prozent der FP-Wähler sehen mit Sorge in die kommenden Jahre, Wählerinnen und Wähler anderer Parteien nur zu etwa 20 Prozent.

„Ich sehe den Sinn der Sache nicht, ständig zu kommunizieren, ich bin so arm, ich krepriere.“

Denn was sagen Sie in einem Jahr?

Peter Filzmaier
Politikwissenschaftler,
Geschäftsführer des
Instituts für
Strategieanalysen

Auch andere Aspekte der Steiermark-Wahlen seien beachtenswert. Die Maßnahmen, die die steirischen Reformpartner im politischen Bereich gesetzt hätten, werden weitgehend begrüßt. „Das ist ja auch kein Wunder“, meinte Filzmaier, „denn die Verkleinerung des Landtags tut niemandem weh.“ Die Änderungen im Sozialbereich würden dagegen deutlich negativer bewertet – allen voran die Schließung von Spitälern und Spitalsabteilungen. Auch die Einsparungen bei Sozialeinrichtungen stoßen auf breite Ablehnung.

Die Gemeindestudie zeige weiters, dass die Arbeit der Kommunen äußerst positiv bewertet wird. 80 Prozent der Befragten sind mit ihrer Gemeinde glücklich. Mit der Arbeit der jeweiligen Landesregierung sind nur mehr 69 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden, mit der Tätigkeit der Bundesregierung können sich nur 34 Prozent erwärmen.

Dass die Menschen mehr an politischen Entscheidungen beteiligt werden wollen, zeigen Filzmaiers Ergebnisse ebenso. Die Möglichkeiten dieser Mitbestimmung sind freilich nur gering. Was mit Volksbegehren normalerweise passiert, wissen wir alle. Dementsprechend schlecht bewertet die Bevölkerung die Mitbe-



Vor rund 300 Vertretern aus allen österreichischen Gemeinden war Prof. Peter Filzmaier in seinem Element. Sein Rat an die Gemeindevertreter: „Ich rate den Gemeinden zu viel mehr ‚wow‘-Kommunikation.“



stimmungsmöglichkeiten auf Bundesebene. Nur acht Prozent finden, dass sie österreichweit etwas mitzureden haben. Ganz anders die Lage in den Gemeinden. 55% haben den Eindruck, dass ihre Anliegen gehört werden und sie bei relevanten Entscheidungen beteiligt sind. „Ein sensationeller Wert“, findet auch Mödlhammer. „Das zeigt, dass wir die Keimzelle demokratischer Mitbestimmung sind.“

Dementsprechend hoch ist auch das Vertrauen in die Arbeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. 39 Prozent gaben an, dass der Ortschef die Bürgerinteressen am effizientesten vertritt. Nur 21 Prozent haben dieses Vertrauen in die Landesebene, nur zehn Prozent in den Bund. Die EU landet weit abgeschlagen mit nur einem Prozent auf dem hintersten Rang.

Interessant sei die Analyse der Verbundenheit mit den politischen Ebenen, so Filzmaier. Die Mehrheit der Befragten fühle sich in erster Linie als Österreicherin oder Österreicher. Filzmaier: „Beim Nationalstolz liegt Österreich auch international weit vorne.“ Aber auch die Verbundenheit mit der Gemeinde sei hierzulande extrem hoch. Wenig überraschend sei, dass sich kaum jemand in erster Linie als EU-Bürger sieht.

„Das klingt auf den ersten Blick für die Gemeinden sehr gut. Aber es zeigt sich, dass sich vor allem die Älteren sehr stark mit ihrem Heimatort verbunden fühlen. Bei jungen und mobilen Menschen ist diese Verbundenheit deutlich kleiner.“ Die Faktoren Generation und Mobilität seien da durchaus als Gefahr zu sehen.

Für die Gemeinden selbst, vor allem für jene, die auch unter Abwanderung zu leiden haben, hat Filzmaier auch einen Rat parat: „Ich sehe den Sinn der Sache nicht, ständig zu kommunizieren, ich bin so arm, ich krepriere. Denn was sagen Sie in einem Jahr? Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder Sie sind dann schon tot, dann hat sich das erledigt. Oder Sie sagen dann, ich bin noch ärmer und krepriere noch mehr. Glauben Sie mir, das nützt sich, strategisch gesehen, irgendwann einmal ab. Wenn das nun ein Workshop und kein Schlusswort wäre, dann würde ich Ihnen raten, dass Sie auf einen Zettel drei Dinge schreiben, die „wow“ in Ihrer Region sind. Reden wir viel mehr über jene Dinge, die in Ihrer Region ‚wow‘ sind. Durchaus auch kritisch, ob das die restlichen Leute auch so ‚wow‘ empfinden. Aber generell rate ich den Gemeinden hier zu viel mehr ‚wow‘-Kommunikation.“

DIE POLITISCHE RUNDE

MEHR FREIHEIT, WENIGER REGELN



Die Regulierung jedes kleinsten Details muss aufhören, war eine zentrale Forderung, die Gemeindefund-Präsident Helmut Mödlhammer auch im Hinblick auf die Verhandlungen zum zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr formulierte.

Die bei der Abschlussdiskussion der Kommunalen Sommergespräche anwesende Familienministerin Sophie Karmasin nahm diese Kritik an, sah das naturgemäß – vor allem was das zweite verpflichtende Kindergartenjahr anging – aber etwas anders. Darüber, dass Familienfreundlichkeit ein wesentlicher Standortfaktor ist, waren sich aber alle Podiumsteilnehmer einig. Neben Mödlhammer und Karmasin nahmen auch die Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe und Politikwissenschaftler Peter Filzmaier an der von Moderatorin Martina Salomon geführten Diskussion teil.

„Familienfreundlichkeit ist ein ganz zentrales Element und hat in der Vergangenheit zu wenig Bedeutung erfahren. Diese Bedeutung hat das Ressort nun mit einem eigenen Ministerium bekommen“, betont Karmasin. Dass die Bemühungen der letzten Jahre fruchten, zeige sich auch in den steigenden Geburtenzahlen, so die Ministerin. Ob das auf die Zuwanderung oder tatsächlich auf die Maßnahmen (z. B. Erhöhung der Familienbeihilfe, Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung etc.) zurückzuführen ist, ließ sich im Laufe der Diskussion nicht verifizieren.

Tatsache ist, dass Familienfreundlichkeit nicht nur von oben „diktiert“ werden kann. Am meisten ist hier die Ebene vor Ort und damit die

» **Arbeitsplätze allein werden keine Menschen anlocken,**

es braucht auch die Software.“

Ingrid Felipe, Landeshauptmannstellvertreterin in Tirol und Landesrätin für Umwelt, Naturschutz, Mobilität und Nachhaltigkeit

Gemeinde gefragt. „Immer mehr Frauen sind gut ausgebildet. Wenn sie vor Ort keinen Job, keine passende Kinderbetreuung, keine gute Schulstruktur – schlichtweg kein familienfreundliches Umfeld – finden, werden sie eine Gemeinde nicht als Wohnort wählen“, betont Tirols Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe. Den Gemeinden steht mit dem Audit „familienfreundliche Gemeinde“ ein passendes Tool zur Seite. Um eine optimale Kinderbetreuung vor Ort zu organisieren, die von Alleinerziehern bis hin zur Hausfrau – allen Lebensmodellen und Anforderungen – gerecht wird, eignen sich gerade für ländliche und kleinere Gemeinden Kooperationen. Auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen möchte die Familienministerin künftig weiter forcieren: „Es geht ja nicht nur darum, Wegzug zu verhindern, sondern Weggezogene zu motivieren, wieder zurückzuziehen.“ Felipe geht noch ein Stück weiter: „Arbeitsplätze allein werden keine Menschen anlocken, es braucht auch die Software. Denken wir nur an Tourismusgemeinden. Dort gibt es zwar viele Arbeitsplätze, aber die Leute wohnen dort nicht gerne, weil das Rundherum nicht passt.“

Die kleinen Einheiten arbeiten lassen, statt immer neue Regulierungen zu erfinden: Im Hinblick auf den Finanzausgleich fordert Helmut



Politikwissenschaftler Peter Filzmaier, Familienministerin Sophie Karmasin, die Tiroler Landeshauptmannstellvertreterin Ingrid Felipe und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer bestritten die politische Abschlussdiskussion zur Frage, „Ist der ländliche Raum noch zu retten?“



Familienfreundlichkeit ist ein wesentlicher Standortfaktor. Darüber waren sich die Diskutanten einig. Aber die Entwicklung darf nicht durch Überregulierung beschränkt werden.



Mödlhammer einmal mehr, die Aufgaben zu entflechten. „Gerade im Kindergartenbereich muss das Geld direkt dort ankommen, wo es gebraucht wird. Für 80 Prozent der Kinderbetreuungseinrichtungen sind die Gemeinden zuständig, die das großartig und je nach Bedarf erfüllen. Die Gemeinden sind nicht die Reformverweigerer, weil sie tagtäglich beweisen müssen, dass sie den Anforderungen der Bürger entsprechen. Wir wollen die Qualität steigern, wir wollen flexible Betreuungszeiten, aber wir brauchen auch mehr Freiheiten. Lasst uns in Ruhe arbeiten und regelt nicht alles bis in die kleinste Ebene. Lasst uns die Arbeit vor Ort machen, wie es den Menschen am besten zugutekommt.“ Im selben Atemzug sprach Mödlhammer auch die strengeren Vorschriften für Vereine an, die das ehrenamtliche Engagement in den kleinen Einheiten Schritt für Schritt unmöglich machen würden.

Im Rückblick auf die Sommergespräche nahm Mödlhammer eines mit: „Wir brauchen mehr Chancengleichheit. Im Bereich des Breitbands, des öffentlichen Nahverkehrs und auch bei der Finanzaufteilung.“ Um wirkliche Chancengleichheit zu erreichen, muss man allerdings an vielen Punkten ansetzen. 📍

IMPRESSIONEN

10 JAHRE KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE

Bei den intensiven Diskussionen rund um die Frage des ländlichen Raums wäre ein Jubiläum fast untergegangen: Heuer fanden die Kommunalen Sommergespräche das zehnten Mal statt – ein Grund zum Feiern.



Für die zehnten Kommunalen Sommergespräche gabs natürlich auch eine Geburtstagstorte: Bürgermeister Franz Frosch, Kommunalkredit-Boss Alois Steinbichler, Moderatorin Martina Salomon, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-General Walter Leiss und Vizebürgermeisterin Waltraud Köberl präsentieren das gute Stück.





MAN TRIFFT SICH HIER IM ENTSPANNTEN RAHMEN, MAN LERNT DIE LEUTE VON DER PRIVATEN SEITE KENNEN – **DAS NETZWERKEN IST SENSATIONELL.**“

Renate Habetler, Bürgermeisterin der Marktgemeinde Bernstein im Burgenland



BILDERGALERIE

Viel mehr Eindrücke von den Kommunalen Sommergesprächen 2015 finden Sie auf der Website

www.gemeindebund.at





BEI DIESEN TREFFEN NACH DER ARBEIT KOMMT MAN DRAUF, DASS WIR BÜRGERMEISTER ALLE **IRGENDWIE DIESELBEN PROBLEME HABEN.** “

Johann Dreier, Bürgermeister der Gemeinde Weißenbach am Lech



Wer dahinter steckt

Die „Kommunalen Sommergespräche“ sind das Ergebnis einer Vision, die der Gemeindebund und die Kommunalkredit vor zehn Jahren gemeinsam entwickelt haben. Helmut Mödlhammer und der damalige Generalsekretär Robert Hink setzten dann gemeinsam mit der Kommunalkredit den ersten Schritt: Ein „Alpbach für Gemeinden“. Inzwischen brauchen die Sommergespräche diesen Zusatz nicht mehr. Sie sind die fest etablierte Denkwerkstatt der österreichischen Gemeinden. Unter der Ägide von Helmut Mödlhammer, Walter Leiss und

Alois Steinbichler entwickelt sich dieser Think Tank stetig weiter. Viele Menschen und viele Gedanken sind notwendig, um diese Veranstaltung zu organisieren und in dieser hohen Qualität zu erhalten. Schon jetzt wird nach Themen und neuen und interessanten Referenten/innen für die Sommergespräche des nächsten Jahres, im **Juli 2016**, gesucht. Wichtig dabei sind die ungewöhnlichen Zugänge, die Freiheit des Denkens. Es geht nicht immer um konkrete Handlungsanleitungen für die Gemeinden, sondern darum, der eigenen Arbeit frischen Wind zu verpassen, neue Ideen und Ansätze zu finden.

Wir laden Sie ein: Helfen Sie uns und gestalten Sie die nächsten Sommergespräche mit. Lassen Sie uns wissen, worüber Sie diskutieren wollen, welche Themen aus Ihrer Sicht für die Gemeinden interessant und richtungweisend sind. Und machen Sie uns auch Vorschläge, welche Referenten/innen Sie gerne hören und sehen wollen. Schreiben Sie uns Ihre Ideen und Vorschläge an redaktion@gemeindebund.gv.at.

Wir freuen uns auf Sie und Ihre Gedanken. Ihr Kommunale Sommergespräche-Team



10 Jahre „Kommunale Sommergespräche“



Der Jubiläumsband „10 Jahre Kommunale Sommergespräche“ wird nach der Eröffnung des Gemeindetages präsentiert.